PRESSEMITTEILUNG

BUND NATURSCHUTZ SIEHT LANDTAGSWAHL ALS WECKRUF FÜR MEHR SOZIAL-ÖKOLOGISCHE POLITIK IN BAYERN

Die Ergebnisse der Landtagswahl zeigen nach Ansicht des BUND Naturschutz, dass Natur- und Umweltschutz in Bayern wahlentscheidend sind. „Die Ergebnisse der Wahl sind ein klares Signal für mehr Klima- und konsequenten Flächenschutz, den Kampf für eine bäuerliche Landwirtschaft und gegen die Agrarindustrie“, so BN-Landesvorsitzender Richard Mergner. Der BUND Naturschutz sieht Chancen bei den möglichen Koalitionsoptionen zahlreiche Kernforderungen umzusetzen und appelliert an die möglichen Koalitionspartner, dem Natur- und Umweltschutz endlich Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen zu geben.

Kernforderungen des Verbandes sind die klare Absage an eine 3. Start- und Landebahn am Münchner Flughafen, die Umsetzung einer dezentralen Bürgerenergiewende inklusive der Abschaffung der 10 h Abstandsregelung, konsequenter Flächenschutz und der Erhalt bäuerlicher Betriebe. Erfreulich ist für den BUND Naturschutz mit seinen 230.000 Mitgliedern die hohe Wahlbeteiligung.

„Die Wählerinnen und Wähler haben den zukünftigen Koalitionären den klaren Auftrag erteilt, Natur- und Umweltschutz endlich ernst zu nehmen. Die zukünftige Staatsregierung muss sich für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen“, kommentiert BN-Landesbeauftragter Martin Geilhufe.

„Die letzten Jahre waren umweltpolitisch von der Skischaukel-Irrfahrt am Riedberger Horn oder dem Sündenfall bei der Lockerung des Anbindegebots geprägt. Konsequenter Flächenschutz muss in einem Koalitionsvertrag Vorrang haben, damit Bayern nicht sein Gesicht verliert, so BN-Landesvorsitzender Richard Mergner.“

Im Anhang befinden sich die 10 Kernforderungen des BUND Naturschutz und die sieben Wahlprüfsteine.

Für Rückfragen:

Martin Geilhufe, Landesbeauftragter
0172/7954607

Landesfachgeschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/818780
Fax 0911/869568
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

München/Nürnberg
15. Oktober 2018
PM 110/18 LFG
Umweltpolitik / Landtagswahl